

Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

**B'90/GRÜNE und SPD
Stadtratsfraktionen Munster**

An
Herrn Bürgermeister Ulf-Marcus Grube
Heinrich-Peters-Platz 1

Uta von Loh
29633 Munster
fraktion@gruene-munster.de
www.gruene-munster.de

29633 Munster

Tasja Wendt
29633 Munster
tasjawendt@spd-munster.de
www.spd-munster.de

Munster, 31.10.2025

ANTRAG

Einführung einer Katzenschutzverordnung in der Stadt Munster

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Munster,

die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD beantragen, der Rat möge beschließen:

BESCHLUSSVORSCHLAG

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Grundlage von § 13b des Tierschutzgesetzes (TierSchG) in Verbindung mit der Verordnung des Landes Niedersachsen vom 01.07.2013 eine Katzenschutzverordnung für das Gebiet der Stadt Munster zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ziel ist eine Verordnung mit folgendem Mindestinhalt:

1. **Kastrationspflicht** für freilaufende, geschlechtsreife Katzen mit Halter*innen
2. **Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht** für diese Tiere (z. B. bei TASSO oder FINDEFIX)
3. Möglichkeit zur **Ahndung von Verstößen durch Bußgelder**
4. Prüfung von **Ausnahmeregelungen** im Einklang mit § 13b TierSchG

BEGRÜNDUNG

1. Rechtliche Grundlage

§ 13b Tierschutzgesetz ermächtigt Landesregierungen zum Erlass entsprechender Tierschutzverordnungen. Das Land Niedersachsen hat diese Zuständigkeit am 01.07.2013 mit Inkrafttreten der entsprechenden Landesverordnung an die Kommunen delegiert.

Damit ist die Stadt Munster **rechtlich befugt und organisatorisch in der Lage**, eine Katzenschutzverordnung zu erlassen.

2. Ziel und Notwendigkeit der Verordnung

In Deutschland leben laut Schätzungen des Deutschen Tierschutzbundes über 2 Millionen herrenlose, oft verwilderte Katzen mit zunehmender Tendenz. Auch in Munster wird das Problem sichtbar:

- Verwilderte, kranke und verletzte Katzen werden regelmäßig aufgegriffen
- Die Stadt trägt derzeit die Kosten für Kastrationen herrenloser Tiere, z. B. durch die Wildtierhilfe Soltau: ca. 25.000 € jährlich
- Ehrenamtlich engagierte Bürger*innen und Tierschutzinitiativen stoßen an Kapazitätsgrenzen

Eine Verordnung würde **gezielte Prävention ermöglichen**, bevor Maßnahmen teuer, aufwendig und letztlich nicht mehr steuerbar werden.

3. Vorteile für Stadt, Tiere und Gesellschaft

Für die Stadt:

- Langfristige Reduktion der Kosten für Tierschutzmaßnahmen
- Klare Rechtsgrundlage für Verwaltungshandeln und Ordnungseinsätze
- Bessere Datenlage durch Registrierungen

Für die Bürger*innen:

- Klarheit über Pflichten von Tierhalter*innen
- Gerechtigkeit durch Verursacherprinzip (wer hält, zahlt)
- Vermeidung von Konflikten in der Nachbarschaft

Für die Tiere:

- Verhinderung unkontrollierter Vermehrung
- Schutz vor Krankheiten, Verletzungen und Leid
- Sicherstellung medizinischer Versorgung durch Zuordnung zu Halter*innen

Für die Umwelt:

- Reduktion der negativen Auswirkungen auf geschützte Arten wie Singvögel, Eidechsen oder Amphibien
- Beitrag zum kommunalen Artenschutz

4. Finanzierung und Förderoptionen

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob Fördermittel für die Umsetzung beantragt werden können, z. B.:

- Katzenschutzfonds Niedersachsen (Tierschutzland Niedersachsen e. V.)
- Unterstützung durch den Deutschen Tierschutzbund
- Zusammenarbeit mit Tierärzt*innen, die bereit sind, zu reduzierten Tarifen zu kastrieren

Fazit

Mit dem Erlass einer Katzenschutzverordnung würde Munster einen **proaktiven Schritt im Sinne des Tier-, Arten- und Gemeinwohlschutzes** leisten – im Einklang mit mehr als 1.000 Kommunen in Deutschland, die diesen Weg bereits erfolgreich gegangen sind.

Wir bitten um Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen

Uta von Loh
Fraktion B'90/GRÜNE

Tasja Wendt
Fraktion SPD